

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

58. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 2. November 1920

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf., die fünfspaltige Zeile; Klausur-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamen einzeln 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 124

### Von den Tarifverhandlungen

Der Tarifausschuss der Deutschen Buchdrucker ist seit dem 25. Oktober in Berlin versammelt, um in erster Linie über Schaffung eines neuen Lohnarfs zu verhandeln, nachdem der bisherige Tarif von beiden Parteien einig festgestellt worden ist und mit Ende dieses Jahres seine Gültigkeit verliert. Daneben stehen u. a. zur Verhandlung: die so lange Erhöhung der bisher den Gehilfen gezahlten Steuerzulage; die Festlegung einer für das Buchdruckergewerbe günstigen Arbeitsordnung; Stellungnahme zu einer Lehrlingsordnung; einer Lohnausgleichsliste für Gehilfen mit hinderlicher Familie, zur Arbeitslosigkeit, zur Arbeitslosigkeit über den Tarif und Stellungnahme über Schaffung eines Wirtschaftsausschusses und eines Anzeigens für das graphische Gewerbe. Die Verhandlungen gestalten sich äußerst schwierig.

Nach dreitägiger Verhandlung, in der bei jeder Verständigung zwischen den Parteienversammlungen erzielt wurde, kam es zur Bildung von drei paritätischen Kommissionen, zu denen je zwei aus den Verhandlungsteilnehmern. Auf diese Kommissionen ist das gesamte Beratungsmaterial zwecks Vorbereitung verteilt worden.

Die Kommissionen haben am vieren Verhandlungstage ihre Arbeit aufgenommen, aber am Abend desselben Tages saßen wiederum, die Verhandlung weicht sich für die Parteien nicht vor. Insbesondere in der Hauptkommission, die über Lohnfragen, Arbeitszeit u. dgl. zu verhandeln hatte, wurde irgendein Ergebnis, das dem Plenum als weitere Beratungsunterlage vorgelegt werden konnte, nicht erreicht.

Infolgedessen trafen beide Parteien am fünften Verhandlungstage früh zu getrennter Sonderberatung zusammen, um zur Lage wiederholte Stellung zu nehmen. Eine Klärung der Situation erfolgte aber auch durch diese Sonderberatung nicht. Infolgedessen traten am Nachmittag desselben Tages die Kommissionen wieder zu gesondelter Beratung der ihnen gestellten Aufgaben zusammen. Kurz vor Schluss des Verhandlungstages war jedoch in der Hauptkommission eine völlige Störung in der Beratung eingetreten, die zu einer entscheidenden Stellungnahme drängte. Die Folge davon war, daß die Vertreter beider Parteien eine gegenseitige Erklärung abgaben, aus denen mit Bestimmtheit zu entnehmen war, daß nach Ansicht der Paritätik eine Einigung über die Höhe der Steuerzulage nicht möglich sei, weil nach ihrer Auffassung die Voraussetzungen dafür nicht vorhanden seien. Die Gehilfenvertreter erklärten demgegenüber, daß dann auch eine Fortsetzung in den Kommissionen zwecklos wäre. Das Plenum wurde darauf sofort zusammengerufen und demselben von der Sachlage Kenntnis gegeben. Im Verlauf der Verhandlung wiederholte der Geschäftsführer nochmals seinen bereits früher gemachten Vermittlungsversuch, begründete denselben eingehend und erluchte die Parteien, die Verhandlungen noch nicht als abgebrochen zu betrachten, sondern am nächsten Tage nochmals zur Beratung zusammenzutreten.

Das ist zwar gelassen, aber zu einer Verständigung ist es auch am letzten Tage nicht gekommen. Die Gehilfenvertreter erklärten deshalb, daß sie nunmehr das Reichsarbeitsministerium um einen Schiedsspruch über Festlegung einer Erhöhung der Steuerzulage anrufen werden, nachdem prinzipiell abgelehnt worden war, dem Gehilfenantrage, das Tarifamt mit der Anrufung des Arbeitsamtes zu beauftragen, zu entsprechen. Damit sind die Verhandlungen zunächst bis nach Fällung des Schiedsspruchs unterbrochen.

Das Bureau des Tarifausschusses gibt in vorstehendem Artikel einen Überblick von dem Gang der Verhandlungen bis am Abend des 30. Oktober und bringt ihn in der Sach- und in der Tagespresse zur Veröffentlichung. Die Verhandlungsprotokolle der ersten Sitzungstage werden jedenfalls in der nächsten Nummer gebracht werden können, vielleicht auch der Schiedsspruch.

### Gewerkschaftsrevue

Während die Arbeiterkassen im internationalen sozialistischen Zeitschriftenkampf ihre beste Kraft vergebend, vollzieht sich der Zusammenschluß des Unternehmens in um so schnellerem Tempo. In der letzten Umwandlung ist es eine besondere Pflicht der Gewerkschaftsrevue, die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf den einheitlichen Aufbau ihrer wirtschaftlichen Bewegung zu lenken, damit die Arbeiter wissen, woran sie sind. Die Vereinigung der deutschen Arbeiterkassenverbände hat am 7. Oktober in Berlin eine Beschlusssitzung ab, in der die Aufnahme von 26 weiteren Verbänden genehmigt wurde. Es sind hier genaueren Vereinigung nach dem gegenwärtigen Stande 191 große Bezirke und Industrien zusammenfassende Verbände angeschlossen die sich wie folgt in 110 Arbeiterkassenverbände teilen. Von der Gesamtorganisation werden 101500 Betriebe mit 6 Millionen Arbeitern erfaßt. Die entsprechenden Zahlen am 1. Januar 1920 waren 133 Verbände mit 575 Unterverbänden, 5263 Betrieben und 402142 Mitgliedern. Der bisherige Zuwachs des laufenden Jahres übertrifft den vom Vorjahre bereits um ein Vielfaches. Die Ausbreitung erreichen die Fortschritte im inneren Ausbau der Vereinigung der deutschen Arbeiterkassenverbände. Es bestehen zur Zeit 41 bezirksweise Zusammenschlüsse, sechs Auswahlsstellen sowie vier eigene Landesstellen in Dresden, Weimar, München und Königsberg. Die Interessen der bezirksweisen Gebiete, für die eine besondere Arbeiterkassenrevue besteht, werden in der Gewerkschaftsrevue durch ein eigenes Belegblatt wahrgenommen. In größeren Verbänden sind die Vereinigungen in der letzten Zeit beigetreten: Reichsverband Leuchtender 3. Garrenteiler, Deutscher Brauerbund, Zentralverband Deutscher Kartonnagenfabrikanten, Bund der Teufel in Jena und Leipzig, und Metallindustrie (Leipzig). Die Vereinigung niederer deutscher Arbeiterkassenverbände (Hirschberg i. Sch.), Bayerischer Textilindustrieverband (München), Bergarbeiterverband (München), Mannlöchererverband (Eltmann a. M.), Vereinigung der Arbeiterkassenverbände des Rhein- und Elbegebietes und Oberhessens (Gießen), Arbeiterkassenverband für das Transport-, Handels- und Vertriebsgewerbe (Saarbrücken) und Vereinigung der Arbeiterkassenverbände des Regierungsbezirks Aachen.

Durch die Beibehaltung letzter Beweglichkeit beruhtlich oder territorial abgegrenzter Verbände vermeiden die Unternehmen eine zentralistische Überspannung der Organisationsform mit all ihren mannigfaltigen Nachteilen. Es liegen aber sehr das Schwierige darauf, daß die Einzelverbände in einheitlichem Geiste beeinflusst und geleitet werden durch eine Zentrale, in der alle Kräfte zusammenfließen. Es zeigt auch von politischem Instinkt, wenn in der Arbeiterkassenrevue neben der hellen Freude über den Fortschrittsprozess in den Arbeiterorganisationen die Sehnsucht zum Ausdruck kommt, die Gewerkschaften möchten ebenfalls den Weg der politischen Organisationen gehen und sich spalten.

Angesichts der nicht minder imposanten Entwicklung der freien Gewerkschaftsbewegung mit ihrer über 8 Millionen befragenden Mitgliederzahl ist jene Sehnsucht der Arbeiterkassenrevue begründlich. Wenn erst dann, wenn der letzte und stärkste organisatorische Schritt der Arbeiterkassenrevue über sich erheben kann, können die Kapital und Reaktion ungehindert ausstehen. Vorläufig hat es damit noch gute Weile, wenigstens die Mühsal der „kommunistischen Zellen“ bereits traurige Zügel zu freier, bejunit, wie wir noch zeigen werden. Werken wir zunächst einen Blick auf das rasche Anwachsen der freien Gewerkschaften im Jahre 1919. Die Mitgliederzahl der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände betrug zu Beginn des vorigen Jahres 2866012, davon 666392 weibliche Mitglieder. Viele Zahl liegt bis zum Ende des Jahres auf 7338123 (1612636 weibliche). Es wurden also fast viermal so viele Millionen neue Mitglieder aufgenommen. Im Jahresdurchschnitt betrug die Mitgliederzahl 5479073, gegen 1648313 im Jahre 1918. Die Zahl der angeschlossenen Verbände betrug im vorigen Jahre 52, gegen 43 im Jahre 1918. Sie waren noch etwas größer gewesen, wenn nicht einige Verschmelzungen stattgefunden hätten. Die Zahl der Zweigvereine betrug 23:62 gegen 10044 im Jahre vorher. Sie hat sich also ebenfalls mehr als verdoppelt und zeigt besonders deutlich, welche gewaltige Wertarbeit die Ge-

werkschaften noch neben ihrem wahrhaftig nicht geringen Maß anderer Arbeit geleistet haben. Die Gesamtsumme betrug 2473068,38 Mk., die Gesamtsumme 201-08709 Mk. Ausgegeben von den Unterhaltungen 4494279,3 Mk., für Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen 45300,49 Mark, für Bildungszwecke 15609812 Mk., für Agitation, Vereinsveranstaltungen, Verbindungen usw. 36207477 Mk. Von den Verwaltungskosten der Zentralverbände entfielen 6984344 Mk. auf persönliche und 5484917 Mk. auf sachliche Ausgaben. Das Vermögen (mit Ausnahme der Verbände der Hotelangestellten und der Metallarbeiter) bezifferte sich auf 133180009 Mk., davon in den Hauptstellen 107533081 Mk. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß auch der Geldverkehr bei den Gewerkschaften sich ganz wesentlich entwickelt hat, daß aber auch ihre Klassenrichtigen Ansprüche gewachsen sein müssen zur Durchführung der allgemeinen und besonderen Aufgaben der Gewerkschaften. Unter den Einwirkungen des Krieges und der dadurch verursachten wirtschaftlichen Umwälzung hat der Aufgabenkreis der Gewerkschaften eine wesentliche Erweiterung erfahren. Mit der früher erzielten und erlangten Erzielung des Nominallohns kann es in Zukunft nicht allein sein zu wenden haben, wenn man nicht, wie die Kaufkraft des Lohnes zurückgeht. Aber selbst bei einer (für absehbare Zeit kaum zu erwartenden) Steigerung des Reallohns darf das Ziel noch lange nicht als erreicht gelten, das wir als angeklärte, denkende Arbeiter erkennen. Solange der Handels- und Unternehmensgewinn im Verhältnis zum Reallohn noch mehr steigt als der Lohn, ist naturgemäß der relative Anteil des Arbeiters an der Wertschöpfung des Arbeitsprodukts. Mit dieser Erkenntnis ist die Aufrollung des großen wirtschaftspolitischen Problems unumkehrbar verbunden, das angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftskrisis unseres Landes gelöst werden muß. Die Gewerkschaften werden die Träger des wirtschaftlichen Umwälzungsprozesses zu einer sozialistischen Produktions- und Bedarfswirtschaft bilden. Zur Durchführung dieser mit Hilfe der Betriebsräte zu bewältigenden hochzeitigen Aufgabe bedarf es aber nicht bloß der Fähigkeit, die eignen Kräfte im Hinblick auf alle entgegenstehenden Hindernisse gewissenhaft abzuklären, sondern in noch weit höherem Maße der Mitarbeit aller organisierten Arbeiter. Mögen diese politisch auch noch so verschiedenartig denken, im Wirtschaftskampfe bietet sich eine gemeinsame Grundlage.

Wer angesichts der großen Machtkämpfe zwischen Kapital und Arbeit, wie sie in Italien und England bereits begonnen haben, und wie sie auch in Deutschland unausbleiblich sein werden, die gewerkschaftliche Einheitsfront unterwirft, der treibt Schindluder mit den Interessen der Arbeiterklasse. Wie wir in der Parteipresse lesen, beginnen bereits an verschiedenen Orten neue und allkommunistische ihre Tätigkeit in den Gewerkschaften nach dem berüchtigten Moskauer Diktat einzurichten. Dämmig hat keine Berliner Gewerkschaften aufgefordert, in den Gewerkschaften strikte nach dem kommunistischen Programm zu arbeiten. Ferner verpflichtete eine Versammlung der Neukommunisten in Halle a. d. S. ihre Mitglieder, in den Gewerkschaften für ein klares Bekenntnis zur dritten Internationale von allen Vorstandsmitgliedern der einzelnen Gewerkschaften sowie der Kartellvertreter sofort Sorge zu tragen, diejenigen Gewerkschaftsfunktionäre, welche aus politisch bekämpfen, aber sofort zu veranlassen, ihre Posten niederzulegen. Von der Leitung der KPD, in Eilen wurden deren Genossen im Transportarbeiterverbände durch ein Rundschreiben aufgefordert, sich sofort zur Fraktion zusammenzuschließen und alle Adressen der zur Opposition stehenden Genossen und der zuverlässigen Genossen der KPD, der Bezirksleitung mitzuteilen. Ähnliche Vorgänge werden aus anderen Gegenden bekannt.

Erkennen was ist! Das ist der Schlüssel, den jeder aus solchen parteipolitischen Veranlassungen geben muß, der sich den Blick für das praktische Mögliche und Erreichbare nicht trüben lassen will. Besser als Worte vermögen Taten davon zu überzeugen, daß nur dort, wo Einigkeit herrscht und Vernunft waltet, eine wirkliche Klassenkämpfe möglich ist. Die Klassenkämpfe in Italien und England bieten lehrreiche Beispiele dafür. Beide Kämpfe wählten zu hartem Nachprobieren zwischen Kapital und Arbeit aus und lassen deutlich das große kulturelle Ziel erkennen, um das die Gewerkschaften aller Länder früher oder später den Kampf werden aufnehmen müssen.

Der Ausgangspunkt der ganz Italien umfassenden Lohnbewegung der Arbeiter der Maschinen- und Metallindustrie lag in der Forderung der Betriebe

durch die Arbeiter. Der Kampf um dieses hohe Ziel  
bietet zwar ein hohes Magnis, bei dem von der Ar-  
beitskraft alles auf eine Karte gesetzt wurde, aber er-  
freulicherweise war dank des geschlossenen Vorgehens ein  
Etag zu verzeichnen. In der italienischen Metallindustrie,  
die in der Lombardie, in Piemont und Ligurien heimlich  
ist beherrschend mitunterreichen Fabrikanten die Situation.  
Sie hatten es immer verstanden, die Löhne niedrig zu  
halten, um den Arbeitern nur das bescheidenste Prolet-  
ariatelohn zu gönnen. Begehrlicherweises kamen unter  
solchen Umständen die Vermögensgüter der Arbeiter und  
Kapitalisten besonders schwer zur Geltung, und der belä-  
stigte und impulsive Charakter des Italiens ließ oft  
aus ganz geringen Anlässen große Zwistigkeiten entstehen.  
Die Metall- u. d. Eisenindustrie Italiens hat stets nur ein  
künstlich erhaltenes Dasein geführt. Schon in der Zeit  
vor dem Krieg fehlte es dem Land an Eisen und Stöbe.  
Die Regierung war nur imstande, durch Unterbrechung der  
ausländischen Einfuhr ein in der Form hoher Schutzzölle  
auf die Einfuhr fremder Produkte die eigene Industrie zu  
erhalten. Der Krieg veranlagte einzig nur die Herstellung  
von Waffen und Munition. Die Kapitalisten bereicherten  
sich unheimlich und auf leichte Weise. Sie waren auch  
immer sehr bescheiden vor dem Krieges, dessen unvorher-  
gesehenes Ende ihre Pläne zerstörte. Die Fabriken standen  
plötzlich ohne Arbeit. Die Industriellen waren Kriegs-  
gewinnler geworden, die nicht Millionen, sondern Mil-  
liarden verdienten. Die Arbeiter in der Volkswirtschaft,  
die Verteuerung des Lebens und monatelange Arbeits-  
losigkeit führten zu einer allgemeinen Enttäuschung. Eine heilige  
Bewegung gegen die Kriegsgewinnler entstand. Die In-  
dustriellen haben ihre Reklamationen in Gefahr, denn die Re-  
gierung besteuerte die ungeradeften Steuern in härtester  
Weise. Die bedrohliche Kapitalisten verringerten die Tätig-  
keit in den Betrieben in beträchtlichem Ausmaß. Sie  
verweigerten der erkrankten Arbeiterschaft die nur zu be-  
rechtigten Lohnforderungen. Die Arbeiter mit der aus-  
sichtsvollen Konkurrenz, die Kohlen- und Eisenkrise muß  
herhalten. Verhandlungen wegen der Löhne und anderer  
wirtschaftlicher Fragen wurden monatelang hinausgezogen.  
Als die Möglichkeit eines Vergleichs gescheitert war,  
griffen die Arbeiter zur Selbsthilfe, nahmen von den Ar-  
beitswerkzeugen und den Fabriken Besitz und übernahmen  
selbst die Produktion. Die Regierung versicherte kluger-  
weise den großen wirtschaftlichen Streit zwischen Kapital  
und Arbeit nicht mit Gewaltmaßnahmen.

Mit der Übernahme der Betriebe war die Lösung des  
Krisenfalls jedoch noch nicht herbeigeführt. Der Kampf der  
Arbeiter war vielmehr in eine neue Phase eingetreten.  
Die Taktik der Selbstverteidigung, eine Nothilfe im gewalt-  
samsten Kampf, war für die Arbeiter viel schwieriger  
und opferreicher als ein gewöhnlicher Streik. Sie mußten  
arbeiten, ohne Lohn zu erhalten. Die Unternehmer konnten  
nicht wohl der Selbstnahme ihrer Fabriken durch die Ar-  
beiter nicht erwehren, aber in den Kassen war kein Geld  
zu finden, und die Banken hatten in drückender Über-  
einstimmung mit den Unternehmern den Kredit gesperrt.  
Dennoch haben die Arbeiter zwei Wochen ausgehalten  
und es ist trotz aller Erregung eigentlich kein Blut  
gefloßen. Die Regierung drückte den Widerstand der Un-  
ternehmer nieder, indem sie, dem Verlangen der Arbeiter  
nach einer Kontrolle über die Betriebe Rechnung tragend,  
die Einsetzung einer paritätischen Kommission anordnete,  
welche die Organisation der Industrie auf der Grundlage  
der Mitwirkung der Arbeiter an der technischen und  
finanziellen Kontrolle oder an der Verwaltung des Be-  
triebes aufbauen soll. Damit waren die Unternehmer in  
eine Zwangslage geraten. Ihr weiterer Widerstand war  
unmöglich. So bewilligten sie schließlich auch Lohnauf-  
schläge, die den Arbeitern eine Verbesserung ihrer Lebens-  
haltung und eine Genugtuung für den heiligen Kampf er-  
trugen. Ein Betriebsrätegesetz wird nun auch in Italien  
entworfen. Ein Schmerz des Augenblicks für die Arbeiter  
lag allerdings in dem Verzicht auf die Bezahlung der  
Arbeitslöhne während der Belegung der Betriebe.

Obwohl es während des Kampfes bei seiner Heftig-  
keit, Wichtigkeit und Bedeutung natürlich nicht an auf-  
regende Vorkommnisse fehlte, blieb er doch auf das ge-  
wöhnliche Gebiet beschränkt. Das war ein Gebot  
der Klugheit und muß eine warnende Lehre für gleich-  
artige Kämpfe in anderen Ländern bilden. Die italienischen  
Arbeiter haben es verstanden, die kritische Lage des Gegners  
geschickt auszunutzen, ihre Forderungen mit Ernst und  
Bermut zu beschränken, die Produktionsmittel verständig  
und sorgfältig zu verwalten und das Sinecristen poli-  
tischer Gedanken in den großen Kampf zu vermeiden, ob-  
wohl dies von anderer Seite mit Vehementheit versucht  
worden ist. Die Lehre aus dem Kampfe der italienischen  
Metallarbeiter kann nur sein, eine Sozialisierung der Be-  
triebe erst dann zu beginnen, wenn die Herbeiführung  
der Produktionsmittel von den Arbeitern selbst sichergestellt ist,  
wenn gleichzeitig die Abhängigkeit der Produktion von  
Waren gegeben erscheint und wenn die Entschädigung der  
Arbeiter und Unterstellten für ihre Leistungen nicht ge-  
fährdet ist. Die Besetzung für die Stillung der roten  
Fabriken auf den Dächern der „eroberten Betriebe“ und  
das Anheften des berühmten gewordenen roten Sternes an  
den Fabriken als Symbol der Macht der Arbeiterschaft  
vermag die Arbeiter nicht über die Schwierigkeiten hin-  
wegzubringen, die sich in der Material- und Kreditkrise  
bei solchen Anlässen auswirken. So sehr man sich der ge-  
lungenen Kraftprobe der italienischen Metallarbeiter auch  
freuen mag, die Überwindung der im Wege stehenden  
Hindernisse anderer Art sind eine Vorbedingung für eine  
Nachahmung dieses Beispiels in anderen Ländern. Die  
angewandte Methode des Kampfes wird stets abhängig  
sein von der Beschaffenheit der gegebenen wirt-  
schaftlichen und politischen Lage. Die Erwartungen der

Arbeiter sollten also weniger darauf gerichtet sein, in einem  
anderen Lande in gleicher Weise vorzugehen als vielmehr  
darauf, durch den Einfluß auf die Produktion durch die  
Kontrolle der Betriebsführung den Kapitalismus zu ent-  
thronen. Die wirtschaftliche Lage eines Landes ist für die  
Durchführung von bestimmten Aktionen von mindes-  
tenso großer Bedeutung, wie der einmütige Wille und  
der feste Entschluß der Arbeiter, das Wirtschaftsleben des  
Landes auf eine andere Basis zu stellen. Den Einfluß der  
gewerkschaftlichen Organisationen zu kräftigen, die unbedingte  
Einhaltung der Disziplin und das Bekunden eines  
einmütigen und geschlossenen Willens, diese Erkenntnisse  
müssen das Ergebnis einer kühl abwägenden Betrachtung  
der jüngsten Vorgänge in Italien bilden.

Wenn schon von dem Kampfe der italienischen Metall-  
arbeiter gesagt werden kann, daß sie alles taten, um in  
gewerkschaftlicher Beziehung nicht daneben zu bauen und  
einen Stolz in die Luft zu vermeiden, so trifft das in noch  
höherem Grad auf den gegenwärtigen Kampf der eng-  
lischen Bergarbeiter zu. Die englischen Gewerkschaften  
haben ja bisher in kluger Verteilung der wirtschaftlichen  
Zusammenhänge bei ihren Aktionen niemals das Gefühl,  
indem immer nur den Verlust obwalten lassen. Eine  
absehbare Betrachtung der gewaltigen Massen umfassen-  
den Bewegung ist natürlich noch nicht möglich, nur ein  
kleiner Überblick über den gegenwärtigen Stand. Es  
handelt sich in erster Linie um eine Lohnmehrung von  
2 Schilling pro Schicht, die angesichts der gewaltigen  
Steigerung der Kosten des gesamten Lebensunterhalts eine  
beachtliche zu nennen ist. Der Durchschnittslohn der Ge-  
samtheit beträgt 16 Schilling 6 Pence pro Kopf  
und Schicht; er ist seit 1914 um 155 Proz. gestiegen.  
Die Kohlenförderung ist gegen die Vorkriegszeit um 47  
Millionen Tonnen pro Jahr zurückgegangen. Die Arbeiter  
sind bereit, alle Kräfte für eine Steigerung der Förderung  
einzusetzen, sie verlangen jedoch eine Mitkontrolle der Be-  
triebe. Nach neueren Meldungen ist zwischen Vertretern  
der Regierung und den Bergarbeiterführern eine Einigung  
auf folgender Grundlage zustande gekommen: Die Berg-  
arbeiter erhalten die geforderte Lohnhöhung und ver-  
pflichten sich, für eine Erhöhung der Kohlenproduktion zu  
sorgen. Die Regierung wird für eine Verbesserung der  
Bergwerksbetriebe sorgen. Ob dieser Einigungsvorschlag  
Annahme bei der Arbeiterchaft finden wird, steht noch  
dabei. Es bleibt ihm so zweifelhafter, als mit der Be-  
willigung der geforderten Lohnhöhung eine Umwidmung  
des ganzen Lohnvermögens im englischen Bergbau verbunden  
sein soll. Ein von beiden Parteien unterfunktierter prinzipieller  
Vorschlag läuft angeblich darauf hinaus, daß die Löhne  
nicht nach der geforderten Menge Kohle berechnet werden  
sollen, sondern nach den erzielten Gewinnen, und zwar  
sowohl die Bergarbeiter besonders Wert darauf zu legen,  
daß diese Berechnung auf Grund der Gewinne, die mit  
der Ausfuhrkohle gemacht werden, zu erfolgen hat und  
Lohnhöhungen aus diesen Gewinnen zu zahlen sind.  
Auf dieser Berechnungsgrundlage würden die Bergarbeiter-  
löhne in eine viel geregeltere Beziehung zu dem im Be-  
bau gemachten Gewinnen gesetzt werden, als wenn ledig-  
lich feste Prämien auf die erhöhte Förderung gezahlt  
würden. Das ist ja der Zweck der sogenannten Sozial-  
isierung auf altem Wege. Ein von den Bergarbeitern  
vorgeschlagenes Rationalisierungsverfahren wird am  
1. Januar 1921 nach einem weitläufigen Schema die Be-  
rechnung der Löhne vornehmen. Eine selbstverständliche  
Folge davon wird sein, daß an diese Berechnung auch die  
Söhne der Unternehmerrgewinne gebunden ist. Einer an-  
scheinend vertriebenen Meinung des „Manchester Guardian“  
zufolge soll die Wiederaufnahme der Arbeit bereits  
am 1. November erfolgen, nachdem von der Regierung  
eine sofortige Lohnhöhung von 2 Schilling gewährt worden  
ist. Das Erziehungskomitee der Bergleute soll sich bereit  
erklärt haben, die Verantwortung für die Steigerung der  
Kohlenförderung auf sich zu nehmen. In der „Kohlen-  
Bombe“ wurde bei der Widergabe obiger Meldung sofort das  
schwerste Geschütz aufgeführt, indem von einem Ver-  
rat der englischen Gewerkschaftsbureaus durch ein Ab-  
kommen mit der Bourgeoisie gesprochen wurde, das den  
Zweck habe, die mächtige Bewegung der Bergarbeiter  
abzuwürgen. In England wird eine solche vorläufige Be-  
urteilung vermutlich um so weniger Eindruck machen, je  
mehr man dort von der Richtigkeit des eingeschlagenen  
Weges zur Sozialisierung überzeugt ist. So viel steht  
schon heute fest, daß das privatkapitalistische Wirtschafts-  
system in England nicht etwa geklärt aus dem Nie-  
derkampf zwischen Kapital und Arbeit hervorgehen wird.

Im Hinblick auf die Tatsache, daß die deutsche Ar-  
beiterchaft gewonnen ist, im Kampfe für die Sozialisierung  
des Kohlenbergbaues in Deutschland ihre ganze Stohkraft  
einzusetzen, werden jedenfalls die Kämpfe um das gleiche  
soziale Problem in Italien und England auf dem Inter-  
nationalen Gewerkschaftskongress eine hervor-  
ragende Rolle spielen, und sei es auch nur, um daraus  
zu lernen. Der Kongress sollte ursprünglich in Brüssel  
stattfinden, er wird aber in London zusammenkommen. Da  
die amerikanische Gewerkschaftszentrale mitteilte, daß ihre  
Vertreter wegen der Präsidentschaftswahl am 8. November  
nicht in Europa eintreffen können, wurde der Beginn des  
Internationalen Gewerkschaftskongresses auf den 22. No-  
vember verschoben. Auf einer kürzlich abgehaltenen  
Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Ge-  
werkschaftsbundes wurde die Wahl der deutschen Delegier-  
ten vollzogen. Die Wahl geschah nach Industriegruppen  
und hatte folgendes Ergebnis: Für die Gruppe  
Baugewerbe, keramische und Glasindustrie Paepflow (Bau-  
arbeiterverband), Stellvertreter Ertzine (Malerverband);  
Nahrungs- und Genußmittelindustrie Fabrikarbeiter Schmidt  
(Candarbelleverband), Stellvertreter Bren (Fabrikarbeiter-  
verband); Graphische Gewerbe, Papierindustrie, kunstferti-

gerische Gewerbe (Buchdruckerverband), Stellvertreter Hau-  
eisen (Büchlerverband); Bekleidungs-, Textil- und  
Lederverindustrie Simon (Schumacherverband), Stellvertreter  
Tadie; (Textilarbeiterverband); Handels- und Verkehrs-  
gewerbe, Gemeinde- und Staatsarbeitsverhältnisse (Wien-  
bahnerverband), Stellvertreter Urban (Mineralienverband);  
Bergbau, Metall- und Holzindustrie Dismann (Metall-  
arbeiterverband) und Hue (Bergarbeiterverband), Stellvertreter  
Klebe (Maschinen- und Feinwerkzeuge) und Tarnow  
(Holzarbeiterverband). Die vier Hauptpunkte der Tages-  
ordnung des Internationalen Gewerkschaftskongresses werden  
sein: Sozialisierung, Monopole, Valuta, der Kampf gegen  
die Reaktion.

Im engsten Zusammenhange mit diesen Beratungs-  
punkten des Londoner Kongresses beschäftigte sich die 1. Le-  
gung des 3. Internationalen Gewerkschaftsbundes in  
Amsterdam, an der als Vertreter der deutschen Gewerkschaften  
Karl Reizen und Peter Großmann teilnahmen, mit den Folgen  
einer eventuellen Belegung des Ruhrgebietes durch die Entente für die weitere Ent-  
wicklung der mitteleuropäischen Lage. Es wurde be-  
schlossen, sofort eine Abordnung der internationalen Ge-  
werkschaftszentrale in das Ruhrgebiet zu entsenden, um  
sich an Ort und Stelle über den Stand der Dinge zu in-  
formieren. Der holländische Gewerkschaftsführer Timmer  
erklärte in einer Unterredung, daß man nach Ansicht des  
Internationalen Gewerkschaftsbundes gar nicht ernst genug  
über die Gefahr denken könne, die durch die Belegung  
des rheinisch-westfälischen Kohlen- und Industriegebiets  
entstehen würde. Wirtschaftliche Desorganisation und das  
mit die Anarchie in Deutschland würden die unmittelbare  
Wirkung sein, aber in der Rückwirkung würde ganz  
Europa und am schwersten die Arbeiterschaft in allen ihren  
Teilen betroffen werden. Die Nichtbelegung des Ruhr-  
gebietes sei eine elementare Voraussetzung für den Wiede-  
raufbau ganz Europas. Das sei eine Grundüberzeugung  
der internationalen Gewerkschaftspolitik, und sie machte  
begreiflich, daß die Mitglieder der Zentrale des Verbandes  
sich an den bedrohlichen Punkt zu begeben wünschten. Der  
Internationalen Gewerkschaftsbund werde alles tun, was  
ihm möglich sei, um die Belegung des Ruhrgebietes abzu-  
wenden.

Von neuem zeigt sich in all den hervorragenden wirt-  
schaftspolitischen Betätigungen der Gewerkschaften aller  
Länder, daß auf ihrer Seite der feste Wille besteht, über  
die engeren gewerkschaftlichen Ziele hinaus die Kraft  
der Arbeiterklasse zur vollsten Entwicklung zu bringen  
und diese Kraft zur Tat werden zu lassen. Immer klarer wird es,  
daß die Gewerkschaften, die nach der Revolution in gewissen Kreisen zur Bewe-  
lungslosigkeit verdammt wurden, die eigentlichen Träger  
der sozialen Entwicklung des Wirtschaftslebens bilden.  
Als solchen steht ihnen noch eine große Zukunft bevor.  
Trotzdem deshalb allen Spaltungsversuchen entgegen-  
stehen entgegen, stärkt und läßt die gewerkschaftliche Einheitsfront!

## Internationale Arbeit

Weltwirtschaft, Volkswirtschaft, Stadtwirtschaft, Haus-  
wirtschaft und individuelle Wirtschaft sind theoretische Be-  
griffe oder geistige Grundlagen des Verständnisses der  
wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung aus der gro-  
ßen Vorgehens in unirechtlich-schwerer Gegenwart, wie auch  
für die Zukunft des Menschengebietes. Von Weltteil zu  
Weltteil, Land zu Land, Ort zu Ort, Haus zu Haus,  
zwischen Verhättnis und Volk, von Hand zu Hand, Familie  
zu Familie, Stamm zu Stamm, Volk zu Volk, von der  
einzelnen Persönlichkeit bis zum Gesamtbegriff der Mensch-  
heit erstrecken sich in diesen Begriffen die mehr oder  
weniger zusammenhängenden, aber letzten Endes doch  
gänzlich unlöslichen Verbindungen aller materiellen und  
geistigen Beziehungen und Abhängigkeiten der mens-  
lichen Wirtschaft oder des menschlichen Lebens als un-  
unterbrochener Kampf ums Dasein. In der hier gewählten  
Vorstellung des Ganzen gegenüber seinen einzelnen  
Gruppen, Teilen, Gliedern und Jellen müssen wir den  
geistigen Ausdruck einer universellen Erweiterung mens-  
lichen Denkens und Strebens erblicken, das über sich selbst  
hinauswirken will, weil das eigene subjektive Wirken sich  
beengt und gebemmt fühlt, nach außen wie nach innen.  
Der gegenwärtigen wirtschaftlichen Ausbildung und In-  
flation folgt gewissermaßen eine geistige mit allen ihren  
Licht- und Schattenseiten. Das unzweifelhafte Übermaß  
der weltwirtschaftlichen oder auch internationalen Auf-  
blähung hat mit dialektischer Wirkungskraft eine geistige  
Gegenwirkung hervorgerufen, die nach einer ebenbürtigen  
oder noch stärkeren Korrektur der den einzelnen Menschen  
über den Kopf gewachsenen wirtschaftlichen Mächte oder  
des sogenannten Materialismus sucht, und zwar im Idealis-  
mus einer internationalen sozialen Kulturbewegung.

Ob wir diese neuzeitliche geistige Strömung mit den  
geographisch-sozialen Sausbildern Moskau, London,  
Paris, Rom, Peking oder New York zu decken oder zu  
stimulieren versuchen, es bleibt sich im Grunde genommen  
gleich: Es ist der Gedanke „Internationaler Arbeit“, der  
mit allen möglichen Entschärfungen aus diesen Kultur-  
zentren aller Himmelsrichtungen hervorbricht. Ihn in  
seiner vollen Tragweite für unsere gewerkschaftlichen Auf-  
gaben und Ziele zu erfassen, scheint uns unerlässlich, wenn  
wir nicht Gefahr laufen wollen, vor lauter Bäumen den  
Wald nicht zu sehen, d. h. uns ganz gründlich zu verirren.  
Ein Schaubild zur leichtesten Erläuterung dieses inter-  
nationalen Problems bietet uns ein am 18. Oktober d. J.  
gehaltener Vortrag des ehemaligen französischen Munition-  
ministers Albert Thomas und gegenwärtigen Direktors  
des Internationalen Arbeitsamts (Genf) im preußischen  
Herrenhaus in Berlin vor einer großen Anzahl Verehrter





# Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 20 Pfennig das Exemplar. Der Bezug ist bei Bestellung gleich mitanzufenden.

Beilage zu Nr. 124. — Leipzig, den 2. November 1920

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

## Freiheit und Knechtschaft

„Wer seine Ansicht nicht ändert, ist entweder sehr weise oder sehr dumm.“  
Ausspruch eines Philosophen.

Für uns Menschen, aber besonders für uns Arbeiter ist es von hohem ethischen Werte, zu wissen und zu erkennen, was Freiheit ist im Gegenätze zur Knechtschaft. Freiheit heißt frei sein von allen Vorurteilen und von Zwang. Sind wir es nicht, so sind wir gebunden; wir leben in der Knechtschaft! Die menschliche Freiheit, d. h. die geistige Freiheit ist jedoch niemals eine absolute, sondern eine relative; absolut frei ist nur der über den Naturgesetzen erhabene Geist. Auf dieser hohen Entwicklungsstufe steht aber die heutige Menschheit nicht. Denn uns Menschen sind Schranken gesetzt durch die Naturgesetze, denen wir zu Gehorham verpflichtet sind, und zwar auf Grund der Gesetze der Kausalität (Ursache und Wirkung). Auf Grund der natürlichen Ursachen erleiden wir die aus ihnen hervorgehenden Wirkungen mit unsehbarer Sicherheit, und zwar ohne oder mit unterm persönlichen Willen. Das Dasein des Menschen ist durch seinen individuellen Willen bedingt; dieser ist die Ursache und deren Wirkung unser Leben. Demzufolge leben wir auf Grund unserer Ursache und unterliegen deren Wirkung (Gesetz der Kausalität). Dies ist die eine große Schranke, die unser individuellen Persönlichkeit setzt und die wir nicht übersteigen können. So ist unsere Freiheit nur relativ; absolut frei ist nur das Kausalitätsgesetz selbst. Wir Menschen legen durch unsere Gedanken, Handlungen und Taten Ursachen, die ihre absoluten Wirkungen nach sich ziehen, denen wir nicht entrinnen können. Demzufolge sind wir gebunden und nicht frei. So sind wir durch unser Schicksal der Knechtschaft unterworfen, aus der wir uns befreien können, wenn wir Ursachen legen, die kausale Wirkungen nicht haben und uns relative Freiheit geben. So liegt die Ursache in uns, wenn wir in der Knechtschaft leben, die unsere Freiheit bindet. So liegt auch die Ursache in uns, wenn wir uns relativ frei machen und uns nicht knechten lassen. Auf den Gedanken kommt es an, der zu Handlungen und Taten führt. Der Gedanke bildet die Ursache, die Taten und deren Folgen sind die Wirkung, und diese bildet das Schicksal. So ist unser Schicksal ein selbstbestimmtes!

Wie sieht es nun im politischen und im wirtschaftlichen Leben aus? In der Politik, d. h. im Streit um die Einrichtungen, Formen und Fähigkeiten des Staates, zeigen sich die Gegenätze in verschiedener Form. Besonders in der sozialistischen Spaltung treten sie klar hervor. Es sind Anschauungen vom egoistischen Standpunkt aus, weil sie nicht auf dem Gesetze der ausgehenden Gerechtigkeit beruhen. Denn Wohlwollen unsern Mitmenschen gegenüber beruht niemals auf Egoismus, weil sich durch Ausgleichung der Gegenätze gegenseitig aufheben. Die Ausgleichung aber schließt Gerechtigkeit in sich, sie ist das Gesetz der Menschlichkeit in Bezug auf das Gesetz der Zweifelt (Qualismus). Der egoistische Standpunkt, der immer Gegenätze hervorruft, hindert uns, das wahre Wesen der Dinge zu erkennen, was uns unheil macht. Denn der Egoismus zwingt unsere Freiheit in seinen Bann; mit andern Worten: man schaut das Ding nicht an sich, man schaut die Dinge nicht wie sie wirklich sind, sondern wie sie zu sein scheinen und urteilt so nach dem Schein. Dies verhindert das klare Schauen; es ist Täuschung und führt uns die Wahrheit, die im Innern eines jeden Dinges liegt, nicht erkennen, was jede Gerechtigkeit ausschließt. Gerecht kann nur sein, der wahr empfindet, der das Ding an sich seinem innersten Wesen nach als wahr erkennt und sich vom Schein nicht trügen läßt. Nur dadurch ist er imstande, einer Sache frei zu dienen. So hängt die Treue von der Gerechtigkeit ab und diese von der Wahrheit, was Freiheit in sich schließt, die uns frei macht vom Zwange des Egoismus und der Täuschung. Auf Grund unserer Anschauungen machen wir uns Vorstellungen und Bilder, an die wir uns binden. Sehen die Vorstellungen vom egoistischen Standpunkt aus, so stehen wir unter dem Zwange der Täuschung. Sind ihre Ursachen selbstlos und wohlwollend für unsre Mitmenschen, so sind sie frei vom Zwang und wirken solidarisch. So ruf die Unfreiheit Vorhellen hervor, die uns Menschen zu Sklaven machen und unsern freien Willen unterbinden.

Das Schicksal der Arbeiterklasse ist untrennbar mit dem Schicksale des ihm angehörenden ganzen Volksstaats verbunden. Und jedes Volk verdient die Regierung, die es hat; denn es wählt ja seine Vertreter nach seiner Meinung und nach seinem Willen. So sind die Volkstribunen als gegebene Körperschaft nach dem Willen des Volkes gezwungen, Gesetze zu machen, um ihren Staat zu zivilisieren, um der Kultur die Wege zu ebnen; ein Volk ohne Gesetze würde in zigellose „Freiheit“ ausarten, was im wahren Sinne des Wortes gar keine Freiheit ist, sondern ein in der Leidenschaft lebendes Volk; ein Volk in der Knechtschaft seiner niederen Instanzen, auch wenn Ausnahmen die Regel bilden. Ohne die göttliche Ursache kann ein Volk als zivilisiert und kultiviert nicht gelten, da seine Entwicklungsstufe nicht hoch genug ist. Es können wohl einzelne Menschen ohne Gesetz auskommen. Einzelne Menschen können erhaben

sein über alle irdischen Gesetze und infolge ihrer hohen Entwicklungsstufe als weise gelten. Bei ganzen Völkern aber ist dies unmöglich, da auf Grund ihrer so verschiedenen Entwicklungsstufen bei den Massen die Anschauungen grundverschieden sind. Infolgedessen bilden die Volkstribunen oder die regierende Körperschaft, die den Willen ihres Volkes kundgibt und ihn durch sie vollstrecken läßt. Dies ist Demokratie!

Im Wirtschaftsleben ergibt sich dasselbe Bild. Nur mit andern Farben. Jeder Arbeiter verdient den Vorgelegten, den er hat. Einwürfe hiergegen sind Spitzfindigkeiten, die in sich selbst zusammenfallen. Durch unsern Willen zum Leben sind uns Menschen Pflichten auferlegt, die wir erfüllen müssen, weil der Wille die Ursache ist, die im Menschen wurzelt, und dem Willen das Sollen zugrunde liegt. Nur durch Pflichterfüllung erwerben wir Rechte, die uns in den Stand setzen, den Kampf mit geistigen Waffen zur Verteidigung unserer Rechte auszuweichen, um der Ausgleichung der Gegenätze willen. Dies ist Gerechtigkeit und macht uns frei von allem Zwang und fremder Willkür. Sind wir fremder Willkür unterworfen, so beruht das auf Verstoß gegen unsere Pflicht, auf Ansehen gegen die Gesetze der Natur, auf Nichterkenntnis der Bestimmung des Menschen hier auf Erden, auf dem Mangel an Erkenntnis des kausalen Zusammenhangs zwischen Ursache und Wirkung. Rechte bedingten Pflichten, diese haben wir zu erfüllen gegen unsern Beruf, unsere Familie und unsern Staat. Denn Pflicht ist kein Zwang, sondern Freiwilligkeit, bedingt durch unsern freien Willen im irdischen Dasein.

Wir Menschen aber sind nicht da, um zu sein, sondern um zu werden; um uns frei zu machen vom niederen Egoismus. Und von der Pflicht werden wir nur frei, wenn wir sie frei erfüllen. Nur durch sie erwerben wir Rechte zur Wahrung unserer Menschenwürde und auf Sozialfreiheit, das Recht auf Gleichberechtigung, das Recht auf materielle Gegenleistung, die zu unsern Erfolgen erforderlich ist. So ist auch das Recht zur Absicherung unserer Tarifgemeinschaft nur durch unsere Pflicht bedingt. Ein unsozialer Mensch gerät in seine Eigeninnigkeit sein Spielzeug, wenn es ihm nicht zu Willen ist. Es steht manuels Vernunft unter dem Zwange der Unfreiheit. Ein vernünftiger Mensch aber ist frei von Geldsinn; er repariert den Schaden, der ihm durch Genesende verursacht wurde, indem er auszugleichen sucht und somit den Zwang durch die Freiheit erlöst. Gewiß, wir Menschen sind auch zur Demut verpflichtet, d. h. zur Achtung und heiligen Scheu (Fest) vor allem Hohen und Erhabenen in Bezug auf Entwicklung und kulturellen Fortschritt; nicht aber zu irdischer Demut gegen unsre Mitmenschen und Vorgelegten, denn „mancher Vorgelegte“, so lautet der Ausdruck eines weisen Volksführers, „wäre kein Tyrann, wenn seine Untergebenen nicht Sklaven wären!“

So erwacht sich die Menschheit von Stufe zu Stufe durch Pflichterfüllung, die Vernunft voraussetzt. Die steigt höher und entwickelt sich auf ethisch-kulturellem Wege zur Weisheit und bildet so die höchste Stufe der Vernunft. Aus der Weisheit aber entspringt die Freiheit und der Frieden, der höher ist als alle Vernunft. Die Kausalität, aus der alle Naturgesetze hervorgehen, ist das Grundgesetz des Universums. In der Schöpfung liegt die Ursache; die Wahrheit; im schöpferischen Geiste liegt die Wirkung; die Gerechtigkeit. So liegt im Erkennen von Ursache und Wirkung die Freiheit. Bevor die Menschheit nicht auf der hohen Stufe der Erkenntnis steht, wird sich der Frieden nicht vereinigen lassen. Zur Freiheit und zum Frieden kommen wir nur durch treue Pflichterfüllung, die uns das Recht zum ethischen Kampfe gibt, zum Kampf um der Ausgleichung der Gegenätze willen. Gebunden sein durch Egoismus ist Knechtschaft; Freiwilligkeit zum Gehorham gegen die Naturgesetze schließt den Zwang aus und bedeutet Freiheit. Der Frieden ist der Sieg!

Leipzig.

H. R.-ch.

## Das internationale Staatserbrechtl-problem

Nachdem der gewaltige Weltkrieg verloren war, mußte eine Organisationsform gefunden werden, um in jeder Ordnung im Staate zu schaffen. Die Revolution, ursprünglich vom Militär ausgegangen, hatten bald die sozialistischen oder Arbeiterparteien übernommen, um den zerstörungswütigen Revolutions- und Vernichtungsweg zu bananen und in Arbeitswillen, Aufbaustreben und Ruhe umzugestalten. Zweifelsohne keine leichte Arbeit, doch aber eine notwendige und lobende. Es lag im Interesse der Arbeiterklasse, daß Einigkeit, Besonnenheit und Selbstbeherrschung die zerbrochene deutsche Volkswirtschaft, eine starke Stellung im Kampfe gegen Not, Elend, Auswanderung usw. schufte, indem selbige nicht dem Erdboden gleichgemacht, sondern aus den Scherben nach etwas Brauchbares für die Zukunft gerettet wurde. Eine rechtswirgende Aufgabe, die durch die überführte Demobilisierung und die Fortdauer der kulturellen Hungerblockade fast zur Unlösbarkeit entartete. Trotzdem kann mit Stolz hervorgehoben

werden, daß die Anordnung der Revolutionslage überwinden und das deutsche Wirtschaftswesen wieder in Gang gebracht worden ist, soweit die einschneidenden und verwerflichen Bestimmungen des Friedensvertrags von Versailles es gestatten. Der Weg wäre gebahnt für eine große Tat. Die soziale Republik in polittischer und wirtschaftlicher Hinsicht könnte landwärtlich sein zur Nachahmung für die internationale Welt. Es kann aber nicht sein, weil, wie der Finanzminister es kürzlich andeutete, das Volk kein Herz der Papiermark, wohl aber dem Sozialismus verdrrieben habe. Außerdem, das sei aus Gerechtigkeitgründen gleich eingekauft, wollen die Unternehmer und Großkapitalisten aber auch nicht auf die hohen Profite verzichten. Alles steht also im Banne des goldenen Kalbes! Keine der Wirtschaften und Arbeitsgruppen des In- und Auslandes will die Erfassung der anderen anerkennen. Der Kampf aller gegen alle steht auf einem fündigen Höhepunkt. Man sucht und sucht nach Auswegen, doch sämtliche Notausgänge sind anscheinend verpöflet. Was nun? Untergang? Nein, sondern mehr Licht!

Auch mit dem Licht ist es eine eigenartige Sache, weil auf der ganzen Erde große Kriegenot herrscht. Wohl oder übel sind solche Erträgnisse erforderlich. Da schließen die Theorien wie Pilze aus der Erde. Kommt ein neuer Gedanke auf, stürzen sich die armen und geplagten Erdemütter auf ihn, weil sie Rettung und Hilfe von ihm erhoffen. Der eine fordert Rationierung, der andre Volksozialisierung, der nächste Rationierung, und so steigert sich der Vorrat von angeblich wirksamen Arznei- und Hilfsmitteln ad libitum, wenn man nur will. Der Gedanke der Wiederaufrichtung Deutschlands sieht eine stillische Anzahl von Ideologen zu Worte kommen, während der praktische Menschenschein, der Techniker und Ingenieur, im Hintergrund steht, um aus allen Plänen und Ratschlägen etwas Positives zu schaffen, damit die deutsche Wirtschaft und internationale Weltwirtschaft in Marsch gesetzt werden kann. Auch dieses erhebende Wollen ist keine Kleinigkeit, weil die Wirtschaft ihre eigenen und angegriffenen Gesetze hat, denen sich kluge Menschen, die nicht untergeben wollen, anpassen müssen. Unter diesen Gesichtswinkeln kann man allein praktische Wirtschaftspolitik und Sozialismus betreiben. Vorwärts!

Liberalismus will freien Wettbewerb, Sozialismus hingegen Plan- oder Gemeinwirtschaft. Obgleich ersterer zahlenmäßig nicht ein Herkules ist, hat er doch auf der ganzen Erde wirtschaftlich noch immer die Führung. Hierin eine Änderung zu schaffen, ist der Internationale möglich, wenn sie tatsächlich einig und solidarisch eine zielbare Wirtschaftspolitik verlost, nicht aber sich sorglos verpöflet. Wie lange wird es dauern, dann errichtet irgendein Querkopf von „Führung“ eine vierte Internationale. Das darf nicht sein. Bebel sagte einmal: „Einig sind wir alles, zerpöflet nichts“. Auf dieses Ziel müssen wir unsere Tätigkeit in der nationalen und internationalen Arbeiterbewegung einstellen. Persönliche „Genialität“ mancher Führer muß sich diesem gewaltigen schönen Gedanken unterordnen.

In dem Bestreben, in die Produktion Ordnung und Einigkeit zu bringen, will nun das Staatserbrecht eine Vermittlung und Befriedigung anbahnen. Das klassenbewußte Proletariat soll sich nicht mehr für die Reichen abfinden, soll vielmehr von Geburt wegen auf alle Schätze und Genüsse der Erde gleichmächtiges Unrecht haben. Das Staatserbrecht erkennt keinen andern Rechtsstil mehr auf Erwerb und Genuß, als die eigene persönliche Leistung. Sticht der Mensch, er ist auch sein Bestreben. Das vorhandene Vermögen fällt an die Volksgemeinschaft, ohne deren Verantwortung nicht erzeugt und darum auch nicht erworben werden kann. So wächst das Vermögen der Gemeinschaft und des Staates sorglos, dank der Arbeit aller Staats- und Mitbürger. Jeder Wohlstand, der entsteht, gestaltet die großen Leistungen und Hilfen im Interesse der Beteiligten. Betreit von den Gemütern des Kapitalismus vermag jeder den Anteil am Ertrage der Gesamtwirtschaft zu erringen, der dem Werte seiner Leistung für die Gesamtheit entspricht. Ein behagliches Ertragsminimum wird jedem gesichert, der seine Pflicht gegenüber der Gemeinschaft erfüllt. Es handelt sich um ein Stück Kommunismus, der auch allen den Durchschlitt überragenden Schaffenden bessere Lebensbedingungen in Aussicht stellt. Wer mehr Werte schafft, als er verwerten kann, bleibt in Lebenszeiten in Aufnahme; derselben, tritt sie nach dem Tode jedoch an den Staat ab. In der Form wird sich die Anfassung durchziehen, daß Arbeit Pflicht sei jedes einzelnen gegenüber der Gesamtheit. Und diese Pflicht wird wiederum ihren Niederschlag finden in der Gesetzgebung, die die allgemeine Arbeitspflicht aller Arbeitsfähigen statuiert. Das Gemeinheitsbewußtsein steigt, während den Nichtstuer, Schleichern, Ruhestuhlweidern, Rennern usw. der Schreck in die Glieder fährt. Der soziale Staat wird also ein Arbeitsstaat sein!

Da nur eigene oder persönliche Leistung zu Erwerb und Besitz berechtigt, wird das Kapital für Unternehmerrische nicht mehr Gegenstand privater Erwerbssucht sein, sondern zu den Aufgaben der öffentlichen Verwaltung zählen. Die Staatsmittel werden nicht durch Steuern und Anleihen aufgebracht, sondern durch Umschiff auf dem eluzurückenden

